

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 453
Karl Honay

Wien, am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 (Dritte Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1927
Fortsetzung der Budgetdebatte

Bürgermeister Seitzer öffnet um vier Uhr fünfzehn Minuten die Sitzung. Die Beratungen über das Budget der Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten wird fortgesetzt.

GR. Dr. Hengl (E.L.) führt aus dass in Döbling noch viele Strassen sehr mangelhaft beleuchtet sind. Der Vorschlag für 1928 sieht die Einführung der elektrischen Beleuchtung nur in drei Strassen Döblings vor, in der Silbergasse, Grinzingerstrasse und in der Heiligenstädterstrasse. Es wäre aber auch dringendst notwendig die Sandgasse, die Hohe Warte von der Endstation der 37er Linie bis zur Heiligenstädterkirche und die Sieveringerstrasse bis zur Endstation der 39er Linie, zu beleuchten. Der Redner bezeichnet es dann als eine Schmutzerei, dass die Gemeinde Wien die Kosten des Einbaues der von ihr gespendeten elektrischen Uhr in der Grinzingerkirche, die nur 450 Schilling betragen, zu tragen sich weigert. Diesen Standpunkt möge die Gemeinde doch aufgeben. Es ist auch unerklärlich, warum den Siedlern und Landwirtschaften der begünstigte Wasserpreis beim Mehrverbrauch nicht zukommt. Der Redner stellt dann schliesslich die Anträge, in der Sandgasse, auf der Hohen Warte von der Endstation der Strassenbahn bis zur Grinzingerkirche und in der Sieveringerstrasse bis zur Endstation der 39er Linie die elektrische Beleuchtung einzuführen und das Gesetz über den begünstigten Wasserpreis beim Wassermehrverbrauch dahin abzuändern, dass auch die Siedler und Landwirtschaften in den Genuss des begünstigten Wasserpreises kommen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Schels (E.L.) findet die Kanalreinigung unter jeder Kritik. Es müssten mehr Kanalspülungen vorgenommen werden. Bei dem verfallenen Zustand unserer Kanäle ist es kein Wunder, dass eine solche Rattenplage in Wien herrscht. Bei den Kanalbauten haben in den letzten Jahren Unterschreitungen bis zu einem Drittel, beziehungsweise bis zur Hälfte stattgefunden. Der Redner verlangt sodann, dass an Stelle des Steinlagerplatzes in der Oberen Donaustrasse eine Gartenanlage errichtet wird, er fordert die Stockwerksaufsetzung auf das Volksbad in der Treustrasse im 20. Bezirk, in dem er hervorhebt, dass dieses Bad im Jahre 1926 eine Besucherzahl von 139.738 aufwies. Nachdem für dieses Jahr vorgesehenen Plan sollen aber die Baderäumlichkeiten zweiter Klasse verkleinert, anstatt vergrössert werden. Schliesslich verlangt er, dass die Brigittenau und Zwischenbrücken bei den Strassenreparaturen nicht so schlecht behandelt werde, wie bisher. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Untermüller (E.L.) bringt eine Reihe von Wünschen für den Bezirk Mariahilf vor. Bei dem städtischen Volksbad in diesem Bezirk wäre eine Stockwerksaufsetzung notwendig. Der Obelisk müsste wieder beleuchtet werden. Der Redner bezeichnet die Schneesäuberung als mangelhaft und kritisiert es vor allem, dass an vielen Stellen der von den Hauptstrassen abgeführte Schnee in den Seitengassen abgelagert wird. Wenn der Referent vom der "gepflegten" Stadt Wien spricht, so mag er dabei vielleicht an die Haar- und Bartpflege, nicht aber an die Strassenpflege gedacht haben. (Heiterkeit). Der Redner verlangt ferner die Vermehrung der Abfallkörbe in den äusseren Bezirken, sowie den Bau einer

unterirdischen Bedürfnisanstalt am Mariahilfergürtel und fragt den Referenten, welchem Platz die Urania gebaut werden soll. Schliesslich fordert er, dass am Mariahilfergürtel noch in diesem Jahre Baumpflanzungen hergestellt werden mögen und dass das von der Mariahilfer Bezirksvertretung einmütig beschlossene Beleuchtungsprogramm durchgeführt werde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Richter widerspricht im Schlusswort der Behauptung dass die vorgenommene Umgruppierung eine Niederlage der Verwaltung bedeute. Seit dem Jahre 1920 ist bei der Gemeinde eine Aenderung in der Ressorterteilung nicht erfolgt, anders als beim Bund, wo schon mannigfache Ressortverschiebungen unterdessen stattgefunden haben. Der gegenwärtige Augenblick war für eine solche Umgruppierung mit Rücksicht auf den Wechsel in der Leitung besonders günstig und dafür waren lediglich Zweckmässigkeits- und Kompetenzgründe massgebend. Was das Ziegelwerk in Oberlaa betrifft, so hat seine Inbetriebsetzung vor allem den Zweck gehabt, die Bildung eines Kartells zu verhindern, was auch gelungen ist, da sich dieses Werk als ein Preisregulator erwiesen hat. Hinsichtlich der Offertvergaben hat Gemeinderat Biber selbst ein Kompromiss für notwendig gehalten. Es ist daher ungerechtfertigt, wenn gleichzeitig der Gemeinde der Vorwurf gemacht wird, dass sie nicht immer den billigsten Offerenten berücksichtigt. Bekanntlich liegen den billigsten Offerenten nicht immer die lautesten Mobile zugrunde. Stadtrat Richter tritt sodann den Beschwerden über die Schneesäuberung entgegen und weist darauf hin, dass heuer mehr Schnee, als in den letzten vier Jahren gefallen ist. Täglich wurden ausser den eintausend ständig Bediensteten, neun- bis zehntausend Personen und auch darüber hinaus mit der Schneesäuberung beschäftigt. In keinem Jahre wurde die Schneesäuberung so rasch und kluglos bewältigt, wie heuer. Dass die Strassenpflege in Wien nicht ideal ist, ist in der Verschiedenheit der Wiener Strassen begründet, die teils Holzstöckel, teils Asphalt, teils Granit und Makadampflaster haben. Die Umwälzung im Verkehr, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, zwingt auch die Strassentechniker anderer Staaten zu Überlegungen, welches System das haltbarste und staubfreieste ist. Die Wiener Strassenwesen war schon vor 20 Jahren Gegenstand der Kritik. Die Strassen vor dem Krieg waren zumindest in keinem besseren Zustand als heute, was angesichts der Tatsache, dass durch acht Jahre nichts geschehen konnte, viel zu bedeuten hat, die Strassenpflege und Strassenerhaltung hat aber namentlich in den äusseren Bezirken ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Selbst von Ausländern wird anerkannt, dass die Wiener Strassenpflege verhältnismässig gut ist. Den Vorwürfen über die Vernachlässigung des Gartenwesens hält Stadtrat Richter entgegen, dass der Zuwachs ^{an neuen Gartenflächen} für die Jahre 1927 und 1928 351.000 Quadratmeter, also ungefähr das Dreifache dessen ausmacht, was im Jahre 1911, dem stärksten Jahre des Gartenzuwachses in der früheren Zeit, geleistet worden ist. Dazu kommen noch zirka 100.000 Quadratmeter Gartenflächen in den städtischen Wohnbauanlagen. Was die Strassenbeleuchtung betrifft, so ist es lediglich der Gemeinde Wien zu danken, dass sich die elektrische Industrie auf die Strassenbeleuchtung umgestellt hat, während früher alle diese Artikel aus dem Ausland bezogen wurden. Die 73 Wasserrohrbrücke im heurigen Jahre gehen nicht auf das Konto der Gemeinde, sondern der Wientalwasserleitung. Die Verhandlungen mit der belgischen Wientalwasserleitung will ich, sagt Stadtrat Richter, lieber nicht schildern, da hierbei die frühere Verwaltung nicht gut wegkäme. Für die Wasserbereitschaft ist besser vorgesorgt, als früher. Nach den Ausführungen der Minderheitsredner soll die Aufschliessung des Wienerwaldes, der Bau der Reichsbrücke, das Flugwesen und noch

manches andere, Aufgabe der Wiener Gemeindeverwaltung sein. Dann bleibt ja dem Bund gar nichts zu tun übrig. (Lebhafte Heiterkeit). In Bezug auf das Flugwesen beispielsweise haben wir getan, was wir tun konnten, indem wir die Strassen zum Flugplatz im besten Zustand gebracht haben. Die Lösung der Liesingkanalfrage hängt nicht von der Gemeinde Wien allein ab. Eine ganze Reihe von Liesingtalgemeinden erklären sich zu einer Beitragsleistung nicht bereit.

GR. Müller (E.L.): Das ist nicht richtig! Das ist bewusst unwahr!

Stadtrat Richter: Zum Beispiel Kaltenleutgeben und Kalksburg!

GR. Müller: Das ist nicht richtig! Das war vor einem Jahr!

Stadtrat Richter: Der Bericht, an dem ich mich halte, stammt von der niederösterreichischen Landesregierung.

GR. Müller: Also zahlen Sie die zwanzig Prozent!

Da GR. Müller diese Frage ununterbrochen dem Stadtrat Richter zuruft, mahnt ihn Vorsitzender Weigl, den Referenten nicht zu unterbrechen.

Stadtrat Richter ersucht schliesslich den Voranschlag der Verwaltungsgruppe V zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe V wird mit dem Antrag Schmidt angenommen, die übrigen Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

ST.R. Kokrda berichtet nun über das Budget der Verwaltungsgruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftswesen). Die Ansätze betragen über 79 Millionen Schilling, was gegenüber dem Voranschlag für 1927 eine Vermehrung um acht Millionen Schilling bedeutet. In diesem Betrag sind aber die Erfordernisse der Lagerhäuser, der Baustoffbeschaffung und des Wirtschaftsamtens nicht inbegriffen. Von dem Betrag von 79 Millionen sind 70 Millionen allein für das Schulwesen bestimmt. Diese wesentliche Erhöhung der Budgetpost gegenüber dem Vorjahr ist durch die Aenderung der Schulverfassung bedingt. Die städtischen Lagerhäuser machen seit Jahren eine empfindliche Krise mit. Sie hatten im Jahre 1926 einen Abgang, auch heuer wird ein Abgang zu verzeichnen sein, aber für das kommende Jahr wurde schon ein weit geringerer Abgang veranschlagt, weil die begründete Hoffnung besteht, dass die Krise ihren Höhepunkt schon überschritten hat. Durch Reformen und Reorganisationen wurde in den Lagerhäusern eine wesentlich bessere Situation erzielt. Vom Rathauskellerbetrieb der durch die allgemeine wirtschaftliche Situation und durch den Rückgang des Weinkonsums ebenfalls in eine kritische Situation gebracht wurde, ist gleichfalls zu hoffen, dass sich die Situation bessern wird. Für die Ausgestaltung der Betriebe und Anstalten die der Provisionierung dienen, werden ebenfalls namhafte Beträge veranschlagt. Der Zentralviehmarkt und das Rinderschlachthaus wie auch die Grossmarkthalle wurden den Anforderungen entsprechend ausgestattet. Die Ausgestaltung der Grossmarkthalle ist noch im Gange und im nächsten Jahr werden die grössten Umbauten vollendet sein. Im Vorjahr wurden in der Grossmarkthalle 578.245 Meterzentner Fleischwaren vermarktet, wogegen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres schon 492.166 Meterzentner Fleisch auf den Markt gebracht wurden. Das ist eine Menge, die vor dem Kriege niemals erreicht wurde. Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt hat sich ebenfalls bedeutend gehoben. Im Vorjahr wurden 146.568 Rinder, von denen 34.541 aus dem Inland waren, aufgetrieben. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres betrug der Gesamtauftrieb schon 153.906 Tiere, wovon 33.836 aus dem Inlande waren. Die Bäckerei Spinnerin am Kreuz wird nach Ottakring verlegt. Bei den übrigen Posten der Verwaltungsgruppe VI ändert sich nicht viel und so bitte ich um Genehmigung der Ansätze. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten).

vizebürgermeister Boss (E.L.) kritisiert, dass, obwohl die Sozialdemokraten, als sie früher in der Minderheit waren, von der Gemeindeverwaltung immerwährend verlangten, auf die Preisbildung Einfluss zu nehmen, sie heute als Mehrheit sich gar nicht um die Preise kümmern. Die Ausgestaltung der Märkte, der Schlachthäuser und des Zentralviehmarktes ist eine selbstverständliche Sache. Auch wir haben Verbesserun-

gen durchgef. So haben wir auch die Frage des Kontumazmarktes gelöst. Da die Beschickung der Märkte keine regelmässige ist, die Beschickung der Märkte von den Kommissionären reguliert wird, entstehen die Preisschwankungen. Da hätte nun die Gemeinde die Verpflichtung, zu versuchen, mit unserem Aussenministerium und mit den Gesandtschaften jener Staaten, die uns liefern, über eine gleichmässige Marktbeschickung zu verhandeln. Bei der Schaffung der Märkte wird ganz planlos vorgegangen. Da wird eine Häusergruppe gebaut, Leute aus dem Bezirk, die gar nichts davon verstehen, werden wegen der Errichtung eines Marktes gefragt und nach ihrer Meinung vorgegangen. So war es in Floridsdorf. Der Markt am Spitz war zu klein, und schon vor dem Krieg hat die Absicht bestanden, hier eine Reform durchzuführen. Jetzt wurde dieser Markt zu der grossen Wohnhausanlage bei der Brunnerstrasse gegeben. Wir haben verlangt, dass vorläufig dort nicht mehr Stände vergeben werden, als bereits am Spitz bestanden haben. Sie haben aber eine Reihe neuer Stände vergeben. Unsere Befürchtungen sind bereits eingetreten. Eine Anzahl von diesen Ständebesitzern ist bereits zugrundegegangen. Gegen einen Teil dieser Leute führt nun die Gemeinde Prozesse, weil sie die Standgebühren nicht bezahlt haben. Die geldkräftigeren Standbesitzer haben schon herausgefunden, dass dort für sie kein Geschäft zu machen ist. Sie haben die Mittel, um sich in privaten Häusern Geschäftslokale einzurichten, aber was sollen die anderen machen, die auf dem Markt weiter bleiben und kein Geschäft machen. Ebenso ist es mit den Geschäftslokalen im Schlingerhof. Dort sind 34 Geschäfte, es würden aber sieben genügen. Ähnlich, wie bei dem Markt am Schlingerhof wurde auch bei der Vergabung der Stände in Favoriten und Meidling vorgegangen. In die Grossmarkthalle stecken Sie sehr viel Geld hinein. Die Ausgestaltung ist vom hygienischen Standpunkt gewiss zu begrüssen und es war höchste Zeit, dass sie erfolgt ist. Aber auch hier ist man ganz eigenartig vorgegangen. Vier Jahre wird an der Ausgestaltung bereits gearbeitet, das sind vier Jahre der Qual für die dortigen Geschäftsleute. Es ist auch unverständlich, warum diese Milliardenausgaben aus den laufenden Einnahmen genommen werden und nicht aus einer Investitionsanleihe. Unbegreiflich ist auch, dass man die Fischstände aus der Grossmarkthalle entfernt hat.

Das Lagerhaus ist unter Ihrer Verwaltung in eine Gruppe hineingekommen, wo der anteführende Stadtrat scheinbar wenig Zeit für dieses Unternehmen hatte. Als es schon ganz heruntergewirtschaftet war, wurde es dann zur Wirtschaftsgruppe gegeben. Wir müssen zugeben, dass jetzt ein Herr dort ist, der die Gewähr für eine Gesundung dieses Unternehmens bietet.

Die Gemeinde hat vier Millionen Schilling zum Ankauf von Grundstücken in Häusern in den Voranschlag eingesetzt. Wir halten diesen Betrag für zu hoch und ich beantrage die Herabsetzung auf eine Million.

Schliesslich wünscht Redner, dass für den Ankauf von Baumaterialien, der nunmehr auch zu dieser Verwaltungsgruppe gekommen ist, ein kleiner Unterausschuss bestellt wird, dass ferner der Frage näher getreten werden möge, ob nicht die städtischen Unternehmungen, die keinen Monopolcharakter haben, insbesondere das Brauhaus, zur Wirtschaftsgruppe gegeben werden können. Es wäre wünschenswert, wenn grosse Fragen zu lösen oder grosse Ankäufe zu machen sind, die Minderheit zur Mitwirkung herangezogen wird. Solange das nicht geschieht, sind wir nicht in der Lage dem Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe unsere Zustimmung zu geben. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

GR. Rummelhardt (E.L.) bespricht zunächst die Verhältnisse im städtischen Lagerhaus und bemerkt, dass die Bestellung des Leiters ein rein parteipolitischer Akt gewesen sei, wobei die Minorität schon seinerzeit gewarnt worden sei. (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Experimente des seinerzeitigen amtsführenden Stadtrates Emmerling haben das Lagerhaus heruntergebracht und die Schuld hat man auf den früheren Direktor Mübel geschoben, an dessen Stelle man den Direktor Hammer gesetzt hat, dessen einzige Beschäftigung es war, alle Anstellungen zu terrorisieren, die nicht Sozialdemokraten waren. Hammer ist merkwürdigerweise noch immer im Lagerhaus, obwohl ein ausländischer Fachmann einberufen wurde. Wir warnen die Mehrheit davor, den Mann an irgendeine Stelle zu setzen wo er Einfluss auf die Personalien hat. Wir würden uns den Mann auch in einem anderen Betrieb nicht gefallen lassen.

Der Redner erhebt sodann Beschwerde darüber, dass es kein eigenes Schulreferat gibt, sondern dass das Schulwesen auf nicht weniger als 4 Verwaltungsgruppen aufgeteilt ist. Dass ist eine Bagatellisierung des Schulwesens. Dadurch ist es auch der öffentlichen Erörterung entzogen, da die Mitglieder des Stadtschulrates zur Wahrung des Amtsgeheimnisses verpflichtet sind. Im Stadtschulrat herrscht die Mehrheit mit den 20 Mitgliedern, die neben den mit Proporz Einberufenen ohne Proporz bestellt werden, schrankenlos. Daraus ergeben sich die zahlreichen Beschwerden die nicht von Christlichsozialen erhoben werden. Auch Arbeitereltern, die es mit ihren Kindern ehrlich meinen, üben an der Ineffizienz der Schule ebenso Kritik wie gläubige katholische und jüdische Eltern. Wir haben es heuer wieder erlebt, dass Schulleiter in ganz ungehöriger Weise Kreuze aus den Klassenzimmern entfernt haben und wir verlangen, dass der Stadtrat eine magistratische Kommission an alle Schulen entsendet, die nachzuprüfen hat, ob die Kreuze, die einen Bestandteil des Klasseninventars bilden, noch im Schulzimmer sind (Lebhafte Beifall bei der Minderheit) und dass alle Lehrpersonen, die sich am Gemeindegut in der Klasse vergriffen haben, bei der Schulbehörde angezeigt werden (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Sie machen sich mit ihrem Kampf gegen die katholische Kirche nur lächerlich. Die sozialdemokratische Partei wird die katholische Kirche nicht zugrunde richten. Die absichtliche Sabotage des Religionsunterrichtes widerspricht dem Paragraph 1 des Reichsvolksschulgesetzes, wie agitieren, dass sich kein Lehrer zum Religionsunterricht melden soll. Pensionisten, die sich melden, verbietet man es. An den Mittelschulen werden in einer Klasse bis zu neunzig Schüler in Religion unterrichtet (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

Das Pädagogische Institut ist ein Betrug an der Lehrerschaft, sie spiegeln den Leuten vor, dass sie dann angestellt werden, was nicht der Fall ist. Sie wollen dem Ausland Sand in die Augen streuen. Die Ausländer, denen nur von Mitgliedern der Mehrheit die Wiener Schulen gezeigt werden, werden auch sonst falsch informiert. So wurde einem deutschen Stadtrat, ^{gesagt,} dass der Gruss "Freundschaft" den er in den Wiener Schulen hörte, nun der Gruss in ganz Wien sei. Wir werden das Ausland schon darüber aufklären, dass die grosse Masse der Bevölkerung noch immer mit "Gruss-gott" grüsst (Lebhafte Zustimmung bei der E.L.) Die Kinder verstehen ja nicht, was der Gruss "Freundschaft" heisst. Erst sagen sie Freundschaft und dann in 5 Minuten prügeln sie sich. Ich bin einmal Leuten, die aus einem Strassenbahnwagen ausgestiegen sind und sich alle mit Freundschaft begrüsst haben, nachgegangen und habe gehört, wie eine der Frauen nach ein paar Schritten einer anderen gesagt hat: Hast Du gesehen, wie das Luder mit meinem Mann kokettiert hat (Lebhafte Heiterkeit bei der E.L.) Ein solcher Gruss könnte sich vielleicht nach zwei Generationen einleben. Nach zwei Generationen wird es aber weder den Gruss "Freundschaft" noch eine sozialdemokratische Partei geben. Aus der Schule muss ein solcher Unsinn verschwinden. Sie kündigen

jetzt in allen Plaketen den Kampf um die Schule an. Der Stadtrat möge dafür sorgen, dass in der Schule endlich Ruhe wird. Wenn um die Schule gekämpft werden kann, so haben wir das moralische Recht und die Pflicht dazu, damit die Schule wieder auf den Boden des Gesetzes und des wahren sittlichen Zweckes zurückgeführt werde.

Der Redner wendet sich dagegen, dass die neuen Atlanten, die jetzt verteilt werden, ^{und die} übrigens eine ausgezeichnete photographische Arbeit seien, nicht jedem Kind, sondern nur zwei Schulkindern zusammen gegeben werden und beanstandet es, dass der Atlas ^{der} vor-Appropriation durch das Ministerium ausgegeben worden sei. Er verlangt weiters eine Änderung des Wiener Fortbildungsschulgesetzes, da die Zusammensetzung des Wiener Fortbildungsschulrates das Ungerechtigste sei, was es geben könne. Eine Schmutzerei ist es, dass das Nutzwasser für die gewerbliche Fortbildung der Gerber- und Färbereilehrlinge von der Gemeinde der Fortbildungsschule als Trinkwasser verrechnet wird. Diese unerhörte Schmutzerei muss sofort abgestellt werden. Stadtrat Rummelhardt schliesst seine Ausführungen mit der Forderung, alle Schulangelegenheiten einschliesslich der Personalangelegenheiten in eine Gruppe zu vereinigen, für die dann ein Stadtrat die Verantwortung zu tragen hat. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit)

GR. Dr. Hengl (E.L.) kritisiert, dass beim Weineinkauf für den Rathauskellerbetrieb reine Parteipolitik geübt wird. Einkäufer ist der Landtagsabgeordnete Mentastl, der Führer der roten Kleinbauernbewegung, also ein Parteipolitiker. Er sitzt auch im Exekutivkomitee des niederösterreichischen Landesmuskeller und kauft so für den Wiener Rathauskeller für ein Konkurrenzunternehmen des Landesmuskeller ein. Dieser unerträgliche Zustand muss abgestellt werden. Der Redner tadelt dann, dass die Wiener Landwirtschaft und der Wiener Weinbau von der Gemeinde fast gar nicht gefördert werden. Anbetracht der schlechten Lese dieses Jahres stellt er den Antrag, Stadtrat Kokrda habe binnen vier Wochen Notstandsmassnahmen für die durch die schlechte Weinernte in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Weinbautreibenden vorzuschlagen. Die Verschreibung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist eine zu drückende, da sie wegen der Absatzkrise im Weinbau auf die Konsumenten nicht überwältigt werden kann.

Wir haben uns auch für die Erzeugung von alkoholfreiem Most eingesetzt, um den Bestrebungen der Abstinenzanten entgegenzukommen. Der amtsführende Stadtrat hat sich sehr für diese Sache interessiert, aber wir konnten nichts erreichen. Unsere Bevölkerung gibt Unsummen für Frühgemüse aus, das aus dem Ausland stammt. Unsere Landwirte könnten Frühgemüse anbauen, unsere Weinbautreibenden die Kultur von Tafeltrauben pflegen, aber wir finden bei der Gemeinde keine Hilfe. Unsere Vorschläge wurden längst unterbreitet. Wir haben hunderttausend Schilling für die Gartenbauförderung, für den Obst- und Weinbau und für den Pflanzenbau verlangt, müssen aber feststellen, dass die Gemeinde für die Zwecke der Landeskultur keine Mittel und kein Verständnis aufbringt. (Beifall)

Gemeinderätin Wielach wünscht die Ausgestaltung des Fischmarktes und verlangt das die Marktorgane auf die Preisbildung bei Obst mehr Einfluss ausüben. Auffallend ist der Unterschied der Preise bei den Strassenhändlern. Es müsse auch dahin gewirkt werden, dass auf den Märkten dem Publikum die schöne zur Schau gestellte Ware verkauft werde und nicht die mindere Ware, die rückwärts liegt.

Die Vergebung der Schulräume an Vereine wird heute parteiisch durchgeführt. Vereine, die eine andere Weltanschauung haben, als die der gegenwärtigen Mehrheit, werden übergangen. Die Schulen sind aus den Steuergeldern der Gesamtheit errichtet worden und es dürfen deshalb die Räume nicht nur den Angehörigen einer Partei vermietet werden (Beifall)

Schliesslich beschwert sich die Rednerin darüber, dass die Amtshäuser zu einer Zeit renoviert werden, wo bereits der Parteienverkehr ist und die Schulen im Herbst, wodurch der Unterricht behindert werde. Auf die Schulbehelfe lassen viel zu wünschen übrig. Die Kinder erhal-

ten schlechte und beschädigte Bücher. Oft bekommen zwei bis drei Kinder nur ein Buch, was auch für die Lehrpersonen eine grosse Schwierigkeit bedeutet. Wenn die Mehrheit schon das Prinzip der unentgeltlichen Lernmittel eingeführt hat, so soll es wirklich befolgt werden. (Beifall).

GRtin Schläsinger (E.L.) führt Klage über den Schulbücher-skandal in den Wiener Schulen. Die Jugendschriftsteller, die es ernst mit der Jugend meinen, erhalten vom Stadtschulrat keine Bestellungen. Der Stadtschulrat hat ein Monopol, er druckt seine Bücher selbst. Das traurigste ist, dass die Lehrerschaft auf die Auswahl der Bücher keinen Einfluss hat. Namentlich in der Volksschule ist es mit der Klassenlektüre sehr traurig bestellt. Bei diesem Mangel an Lesestoff ist es nicht verwunderlich, dass es ^{auch} in der Haupt- und Bürgerschule Schüler gibt, die nicht lesen können. Kaum eines der Volksschulbücher ist einwandfrei. Namentlich das Buch "Des

Knaben Wunderhorn" für die vierte Klasse, kann an Albernheiten nicht übertroffen werden. Die Rednerin bringt unter lebhafter Heiterkeit der Minderheit aus diesem Buch das Gedicht "Kinderkonzert" zur Verlesung.

GR Menschik: Das ist nur für alte Herren lächerlich, nicht für Kinder!

GR Lenschak (E.L.): Mit der Literatur geht man dann in die Mittelschule und in das Gymnasium!

GRtin Schläsinger: In einem der Gedichte dieses Buches beginnt eine Strophe mit den Worten: "Als ich ein armes Weib war zog ich über den Rhein, beschert mir Gott einen Floh, war ich ein reiches Weib (lebhaftes Heiterkeit bei der Minderheit und Rufe: Das ist vom Herrn Fabrus!)

GR Angermayer (E.L.): Ah von dem Herrn Fabrus, dem Flohdichter! (Heiterkeit).

GRtin Schläsinger: Die Auswahl von Musterprosa ist wieder zu hoch gegriffen. In den Lesebüchern wird den Kindern zu oft das Bild von entarteten Eltern gezeigt. So wird der Familiensinn untergraben. Es gibt Lesestücke, die die ^{sexuelle} Aufklärung in einer ganz gemeinen und plumphen Weise betreiben und schamlose Unsitlichkeiten enthalten. Diesen Schulbücherskandal muss ein Ende bereitet werden (lebhafter Beifall bei der Minderheit). Die Rednerin stellt schliesslich den Antrag, dass bei Einführung neuer Lehr- und Lesebüchern in öffentlichen Schulen gewäss den Bestimmungen des Reichsvolkschulgesetzes und der Schul- und Unterrichtsordnung sowie ^{des} Hauptschulgesetzes, ^{es} das Recht der Lehrerschaft auf Mitarbeit durch die Lehrerkonferenzen zu wahren ist und dass die Volks- und Hauptschulen mit den für den katholischen Religionsunterricht vorgeschriebenen Diözesan Gebetbüchern sowie mit Klassenlektüren für den katholischen Religionsunterricht zu beliefern sind. (lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR Körber (E.L.) weist darauf hin, dass die städtischen Lagerhäuser von der christlichsozialen Stadtverwaltung als eine muster-gültige Einrichtung geschaffen wurden. Ihr Betrieb aber wurde während der Verwaltung der Sozialdemokraten durch Parteipolitik schwer geschädigt. Gemeinderat Körber beschäftigt/sodann ^{sich} sehr eingehend mit den Marktverhältnissen in der Leopoldstadt, insbesondere mit dem Grossmarkt in der Donaustadt, dessen weitere Ausdehnung ebenfalls durch parteipolitische Machinationen gehemmt wurde. Der Redner nimmt sodann sehr ausführlich zu dem Betrieb der städtischen Bäckerei auf der Spinnerin am Kreis Stellung und schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, für das Budget nicht stimmen zu können. (Beifall bei der Einheitsliste)

Vorsitzender Gemeinderat Weigl bricht die Verhandlungen ab. Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts. Fortsetzung morgen Freitag, vier Uhr nachmittags.